



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTER FÜR
INNERES
Dr. Caspar EINEM

A-1014 Wien, Herrngasse 7
Tel. (+43)-1-53 126/24 52
Telefax-Nr. 53 126-22 40
DVR: 0000051

Zl. 5.380/91-II/C/95

Wien, am 8. Mai 1995

XIX. GP.-NR

739/AB

1995 -05- 11

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz F I S C H E R

ZU

866 13

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Robert RADA und Genossen haben am 29. März 1995 unter der Nr. 866/J an den Bundesminister für Inneres eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Rechtsextremistische Betätigungen in Niederösterreich" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. In welchen regionalen Bereichen Niederösterreich's werden von der Exekutive derzeit verstärkt rechtsextremistische Aktivitäten wahrgenommen?
2. Welche Maßnahmen setzt das BM f. Inneres zur Aufdeckung und Verfolgung tatsächlicher und mutmaßlicher rechts-extremer Handlungen?
3. Wie groß sind die personellen Ressourcen, die das BMI für die unter Punkt 2.) erwähnten Arbeitsbereiche in Nieder-österreich einsetzt?
4. Wie groß ist der personelle und finanzielle Mehrbedarf um eine effiziente, flächendeckende Observierung und Verfolgung zu gewährleisten?
5. Ist eine verstärkte Einbindung des vorhandenen Wissens in der Bevölkerung geplant? Welche Maßnahmen erscheinen in diesem Zusammenhang erstrebenswert?
6. Sind Aufklärungskampagnen an Schulen, ähnlich wie zum Thema Zivilschutz vorgesehen? Wie sieht die Bereitschaft zur Mitwirkung anderer Ressorts (Unterricht/Familie und Jugend) aus?

./2

- 2 -

7. Sehen Sie Möglichkeiten Fragen des Rechtsextremismus intensiver durch die Nutzung von EU Programmen bzw. Kooperationen in Griff zu bekommen?

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Ich möchte feststellen, daß die österreichische Sicherheits-exekutive rechtsextremistischen und neonazistischen Aktivitäten ein besonderes Augenmerk zuwendet. Personen und Gruppen, die jetzt im Mittelpunkt polizeilicher und strafrechtlicher Maßnahmen stehen, waren den Sicherheitsbehörden zum Teil schon bekannt und Gegenstand polizeilicher Beobachtung. Die "Szene" zu beobachten ist eine der Präventivaufgaben der Sicherheitsbehörden; exekutives polizeiliches Einschreiten kann aber erst bei erkennbarem strafbarem Verhalten erfolgen.

Zu Frage 1:

Agitationsfeld von Rechtsextremisten im Bundesland Niederösterreich waren in der Vergangenheit vorwiegend das Waldviertel und der Bereich Krems-Langenlois. Derzeit sind bei der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich behördliche Maßnahmen in den Bezirken Tulln und Gänserndorf anhängig.

Zu Frage 2:

Ich verweise auf meine einleitenden Ausführungen.

Zu Frage 3:

Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und Neonazismus werden im Rahmen des Gesamtaufwandes der Sicherheitsbehörden besorgt. Eine Mitteilung über den Personalaufwand ist jedoch aus kriminaltaktischen Gründen nicht möglich.

. / 3

- 3 -

Zu Frage 4:

Observationen sind kriminaltaktische und operative Maßnahmen, um Bewegungen verdächtiger Personen festzustellen. Der Begriff "flächendeckende Observation" ist daher ein Widerspruch in sich selbst und ist dieser im Bereich der Kriminaltaktik fremd. Der personelle und finanzielle Mehrbedarf für eine Observation richtet sich nach den Erfordernissen des Einzelfalles und können daher keine generellen Angaben gemacht werden.

Zu Frage 5:

Die Mitarbeit der Bevölkerung bei der Bekämpfung von rechtsextremen und neonazistischen Untrieben ist für die Sicherheitsbehörden ein unerläßliches Kriterium. Deshalb wird die Bevölkerung über die aktuelle Situation dieser Thematik laufend und ausreichend über Medien und im lokalen Bereich durch Sicherheitsorgane informiert.

Zu Frage 6:

Ja. Ich gehe davon aus, daß Erscheinungsformen neonazistischer und rechtsextremer Betätigung im demokratischen Rechtsstaat vorrangig mit politischen Mitteln und mit Methoden der Meinungsbildung, der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, der Pädagogik usw. entgegengetreten werden muß. Bereits seit längerer Zeit erfolgen in regelmäßigen Abständen Kontaktaufnahmen mit den Verantwortlichen des Schulbereiches.

Miteinbezogen in diese Maßnahmen sind das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, das Bundesministerium für Wissenschaft und Kunst, die Stadt- und Landesschulräte und die Jugendreferate bei den jeweiligen Landesregierungen.

./4

- 4 -

Zu Frage 7:

Ja. Die Bekämpfung von überregionalen und internationalen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Tathandlungen wird im Rahmen internationaler Gremien intensiviert und koordiniert.

